

BEIHILFE in Not

DGB Gewerkschaften lassen nicht locker! GdP, GEW und ver.di erwarten:

- > **Erstattung wieder in 10 Arbeitstagen!**
- > **Kostendämpfungspauschale um 40 € absenken!**

Hamburgs Beamtinnen und Beamte sowie Pensionärinnen und Pensionäre bewegen zwei Themen heftig:

- Wann zahlt die Stadt, wie viele Wochen muss man/frau auf die Überweisung nach Einreichung des Beihilfeantrages warten?
- Wann haben Senat und Bürgerschaft ein Einsehen, die Beihilfeberechtigten vergleichsweise wie die Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen zu entlasten, die von den Kosten des quartalsmäßigen Patientenbeitrages von zehn Euro seit 01.01. 2013 befreit sind?

KOSTENDÄMPFUNGSPAUSCHALE ABSENKEN!

Die sog. Eintrittsgebühr zum Hausarzt bei den gesetzlich Versicherten war mit ein Anlass zur Einführung der Kostendämpfungspauschale. Der DGB erwartet darum, dass die Abschaffung übertragen wird, also die Kostentlastung für alle Bürgerinnen und Bürger auch Beamtinnen und Beamte erhalten.

Darum muss der Selbstbehalt, wie in Hamburg die sogenannte Kostendämpfungspauschale genannt wird (§ 80 Abs. 4 HmbBG) dahingehend angepasst werden, dass er für die Besoldungsgruppen A 7 und A 8 gestrichen und ab A 9 wenigstens um 40 € gesenkt wird. Der Senat lehnt das zwar derzeit ab, aber der DGB lässt nicht locker. Beim Bund und anderen Bundesländer, die nur einen Selbstbehalt von 40 € kannten, hatten wir Erfolg und wurden die Pauschalen bereits gestrichen.

Wenig hilfreich sind in diesem Zusammenhang parlamentarische Anfragen und Anträge, die wohl von dbb-nahen FDP-Bürgerschaftsabgeordneten initiiert werden. Verfrühte Parlamentarisierung auch berechtigter beamtenpolitischer Ziele führt meist nur zu einem Schlagabtausch. Der erschwert nicht nur dem DGB als Spitzenorganisation der Gewerkschaften, beharrlich dicke Bretter zu bohren.

Eine dauerhafte Benachteiligung der Hamburger Beamtinnen und Beamten und Pensionärinnen und Pensionäre ist nicht hinnehmbar.